



Apropos Europa von Frank Baasner

Der Sommer ist da. Wir freuen uns auf eine Pause. Die letzten Monate waren anstrengend, oft mit Angst besetzt, mit schweren Einbußen für viele Menschen und Unternehmen. Das gilt für Deutschland, aber noch mehr für einige unserer europäischen Partner – denken wir an unsere Nachbarn am Rhein oder an die Lombardei, mit der uns viele Kontakte verbinden. Die Sommerpause sollte uns erlauben, durchzuatmen und uns auf die kommende Zeit vorzubereiten.

Politisch werden es sehr fordernde Monate sein. Deutschland hat für sechs Monate die EU-Ratspräsidentschaft übernommen und somit besondere Verantwortung bei schwierigen The-

men: Brexit, Bewältigung der ökonomischen und sozialen Corona-folgen, Beziehungen zu China, USA, Russland. Schafft Angela Merkel es, die 27 Mitglieder in der schwersten Krise seit vielen Jahrzehnten zusammenzuhalten? Bekommt sie Unterstützung (es ist Einstimmigkeit erforderlich) für den gewichtigen Wiederaufbau-fonds, der für alle Länder der EU einen Neustart verspricht? Kann sie, gemeinsam mit der EU-Kommission und dem EU-Parlament, die soziale, ökonomische und politische Spaltung verhindern?

Die Weichen werden in den kommenden Monaten gestellt. Werden die Europäer die Hunderte von Milliarden, die investiert werden sollen, für eine Modernisierung unseres kapitalistischen

Modells nutzen? Kann der Coronaschock zu einer Beschleunigung der Innovationen genutzt werden? Wird sich die EU aufrufen und sich politisch den Platz erkämpfen, den sie wirtschaftlich schon lange hat, im streitbaren Dialog mit den USA und China? Es wäre Angela Merkel zu wünschen, dass sie mit einem positiven Erbe für ganz Europa aus dem Amt scheidet, jetzt wo alle Umfragen sie (wieder) als unbestrittene Leitfigur sehen.

An ihrer Seite steht Emmanuel Macron. Lange hat er warten müssen, bis aus Deutschland deutliche Signale für einen Neustart der deutsch-französischen Gestaltungskraft kamen. Wer die beiden am Montag bei der Pressekonferenz in Meseberg gesehen

hat, wird einen starken Gleichklang mit klaren Prioritäten gespürt haben. Aus französischer Perspektive könnte man denken: Endlich haben es die Deutschen verstanden! Wir reden schon lange von strategischen Interessen, von erforderlicher Souveränität Europas in den großen Fragen (vom Schutz wirtschaftlicher Schlüsselsektoren bis zur Verteidigung), und aus Berlin kamen Bedenken gegen Protektionismus und Staatsgläubigkeit.

Jetzt scheint es Konsens, dass die Aufgaben des Staates – und damit auch der Gemeinschaftsinstitutionen der EU – neu überdacht werden müssen. Das Handeln der öffentlichen Hand, ganz gleich auf welcher Ebene, von der Kommune bis zur EU, hat die

Bürgerinnen und Bürger zu schützen, muss ihnen die erforderlichen Grundgüter zur Verfügung stellen. Dafür ist das Steuergeld einzusetzen, und genau dafür können im Bedarfsfall auch Schulden aufgenommen werden.

Wenn die Europäer sich auf das Wesentliche einigen könnten, wäre viel gewonnen. Es wird sicher nicht einfach. Und trotzdem: Genießen wir die Sommerzeit, wo auch immer: in Balkonien, im schönen Baden-Württemberg, an anderen Urlaubsorten in Deutschland und Europa.

IHRE MEINUNG? Schreiben Sie unserem Kolumnisten, der einmal im Monat einen Blick auf Europa wirft, an leserbriefe@lkz.de